

Das venezolanische Dilemma

Präsident Nicolás Maduro will den festgefahrenen Konflikt mit einer Verfassunggebenden Versammlung lösen. Die vielfältigen Probleme des Landes können dadurch kaum überwunden werden.

Von Helge Buttkereit

Es geht wie immer in Venezuela ums Öl. Die Krise, die Toten auf den Straßen, die Versorgungsprobleme und der fortwährende Angriff von Seiten der USA, sie sind ohne den Kampf um das Öl nicht zu verstehen. Venezuela sitzt auf den größten Ölreserven der Welt und das Land versucht, einen anderen Weg der Entwicklung zu gehen. Die sogenannte bolivarianische Revolution, die 1999 vom 2013 verstorbenen Präsidenten Hugo Chávez begonnen wurde, ist ein Versuch, die Öleinnahmen des Landes auf andere Weise zu verteilen und damit Programme gegen die Armut zu finanzieren. Parallel dazu sind in den vergangenen Jahren überall im Land lokale und regionale Selbstverwaltungsstrukturen entstanden. Die Bevölkerung in den Armenvierteln, den sogenannten Barrios, hat dadurch an Selbstbewusstsein gewonnen.¹

Als Akteur auf dem Weltmarkt sorgte Hugo Chávez mit seiner Regierung ab der Jahrtausendwende dafür, dass die OPEC wieder handlungsfähig wurde. Chávez setzte das Erdöl nicht nur zur Entwicklung des eigenen Landes ein, sondern war auch der erste venezolanische Präsident, der es als außenpolitische „Waffe“ benutzte.² Seine Politik sorgte mit für steigende Ölpreise und er schmiedete mit dem Rohstoff neue Bündnisse in Lateinamerika gegen die USA. Für diese bedeutete die Regierung Chávez von Anfang an eine Herausforderung. Der Anspruch auf die freie Verfügbarkeit der strategischen Rohstoffe, den die einzig verbliebene Weltmacht stellt, war bedroht. Die USA arbeiten deswegen spätestens seit dem missglückten Putschversuch gegen Chávez 2002 in vielfältiger Weise gegen die venezolanische Regierung. Auch in der aktuellen Krise sind die engen Kontakte zur Opposition sichtbar. So reiste beispielsweise der aktuelle oppositionelle Parlamentspräsident Julio Borges, auf dessen umstrittene Wahl Anfang des Jahres noch zurückzukommen ist, zu Gesprächen in die USA, um das gemeinsame Projekt des Sturzes der Regierung voranzutreiben.³

Dass das Projekt einer alternativen Entwicklung, der von Chávez 2006 ausgerufene „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, nun zu scheitern droht, macht das Land weltweit für die Medien interessant. Berichte von einer brutalen Diktatur, die das Volk unterdrückt und friedliche Demonstranten ermordet, gehen wieder um die Welt. Mit der Realität haben sie wenig zu tun.⁴ Nur ein kleiner Teil der Toten der gewaltsamen Proteste sind von den Sicherheitskräften zu verantworten,⁵ denen laut Medienberichten von Präsident und Chávez-Nachfolger Nicolás Maduro das Tragen von Schusswaffen untersagt wurde,⁶ wobei nicht alle Polizisten dieser Anordnung Folge leisten. Klar ist: In einer Welt ohne Alternativen darf es keinen noch so kleinen Funken der Hoffnung, kein Beispiel für einen anderen Weg geben, den die Chavisten in Venezuela bei allen Schwierigkeiten immer noch zu gehen versuchen. Trotz des niedrigen Ölpreises.

1 Helge Buttkereit, Wir haben keine Angst mehr, Bonn 2011.

2 Susanne Gratius, Venezuela: Transformation vom korporativen zum bolivarianischen Rentierstaat, in: Enno Harks, Friedemann Müller: Petrostaaten. Außenpolitik im Zeichen von Öl, Baden-Baden 2007, S 203ff., Christoph Twickel, Hugo Chávez. Eine Biografie, Hamburg 2007, S. 241f.

3 <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/05/08/readout-meeting-between-national-security-advisor-hr-mcmaster-and>; <https://amerika21.de/2017/05/176693/venezuela-usa-maduro-trump>

4 <https://amerika21.de/blog/2017/04/174967/medienblockade-venezuela>

5 Eine ständig aktualisierte Liste der Todesfälle und was zu ihnen bekannt ist gibt es unter <https://venezuelanalysis.com/analysis/13081>

6 <https://www.jungewelt.de/artikel/310660>

Der Absturz des Ölpreises seit 2014, maßgeblich vorangetrieben durch die USA,⁷ hat in den vergangenen Jahren die Ökonomie Venezuelas abstürzen lassen. Bis dahin war seit Anfang des Jahrtausends das reale Einkommen pro Person jährlich um mehr als zwei Prozent gestiegen und die Armut stark gesunken. Millionen Venezolaner erhielten erstmalig Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung und Rente. Allerdings waren Staat und Wirtschaft schon vor 2014 von Korruption durchdrungen, was in einer Situation des Mangels zusätzlich Probleme bereitet. Durch die Exportüberschüsse leidet das Land seit Jahrzehnten unter einer hohen Inflation, die die Regierung Chávez halbwegs erfolgreich bekämpfen konnte, die aber seit der Verschärfung der Devisenkontrollen 2012 wieder stark angestiegen ist.⁸ Durch die Summe dieser Faktoren, ergänzt durch eine Preiskontrolle bei den wichtigsten Waren des täglichen Bedarfs, ist die Produktion in Venezuela selbst oft unrentabel, die meisten Waren müssen importiert werden.

Auf den rapiden Fall des Ölpreises, mit dem auch aufgrund eines Investitionsstaus ein Produktionsrückgang einhergeht, reagierte die Regierung seit 2012 mit der Verringerung der Importe um mehr als die Hälfte. Die Folge sind Versorgungsmängel, die besonders in der Gesundheitsversorgung schon katastrophale Auswirkungen haben. Dies zeigte ein Bericht der Gesundheitsministerin, die kurz darauf entlassen wurde.⁹ Einen vernünftigen Umgang mit Kritik und Selbstkritik hat die Regierung bislang nicht gefunden, in der fortwährenden Situation der Polarisierung gibt es meist nur schwarz oder weiß. Um der Krise Herr zu werden, warf die Regierung die Geldpresse an, was die Inflation und – in Verbindung mit den Währungskontrollen – den Schwarzmarkt weiter anheizte. Das Land steckt dabei nicht nur aufgrund des niedrigen Ölpreises in einer tiefen Rezession fest, auch Subventionen im Energiesektor kosten die Regierung viel Geld.

„Millionen von Venezolanern leben nun in irgendeiner Form von der Nutzung von Preisunterschieden, vom stundenlangen Schlangestehen für eine kleine Zuteilung von subventionierten Nahrungsmitteln und deren Weiterverkauf, von Währungshandel auf dem Parallelmarkt bis hin zum Verkauf von gestohlenen Waren“, schreibt der US-Ökonom Mark Weisbrot, der Mitglied einer Expertenkommission zur Lösung der venezolanischen Wirtschaftskrise ist. Er schlägt unter anderem die Freigabe des Wechselkurssystems vor, wobei gleichzeitig die Menschen vor den Folgen zu schützen wären.¹⁰ Die aktuelle Reform des Wechselkurssystems indes scheint nach Ansicht von Beobachtern wieder nur die Symptome und nicht die Gründe des Problems zu bekämpfen. Die Regierung grabe sich ihr eigenes ökonomisches Grab.¹¹ Und die erste Dollar-Auktion nach dem neuen Modell Ende Mai scheint dies zu beweisen. Für einen Dollar mussten dabei 2010 Bolivar bezahlt werden, ein Drittel des Schwarzmarktkurses.¹² Mit diesen Devisen lässt sich auf dem Schwarzmarkt also viel Gewinn machen, viel mehr noch mit den Dollar, die zum Kurs von zehn Bolivar zu einem Dollar getauscht werden, eigentlich um priorisierte Waren zu importieren. Es ist zu vermuten, dass viele Profiteure dieses Systems zu den Unterstützern der Regierung zählen. So lässt sich zumindest erklären, warum es nur halbherzige Reformen gibt.¹³

Venezuela hat dabei nicht nur im eigenen Land ökonomische Probleme. Sowohl der venezolanische Staat wie auch der staatliche Ölkonzern PDVSA hat in diesem Jahr große Summen an Schulden auf den Weltfinanzmärkten zu begleichen, was bislang auch noch immer funktioniert hat.¹⁴ Da sowohl die Devisen- als auch die Goldreserven zusammengeschrumpft sind, brauchen Regierung und PdVSA dringend frisches Geld. Zum Beispiel aus Russland. Bereits im vergangenen Jahr wurde ein

7 Hans Berger, „Pumpt sie zu Tode“, in: Hintergrund 2/2016

8 Siehe z.B. Helge Buttkereit, Ein Störenfried mit vielen Problemen, in: Hintergrund 3/2014

9 <https://amerika21.de/2017/05/176250/venezuela-gesundheit-ministeri>

10 <https://amerika21.de/analyse/163634/venezuelas-wirtschaft>

11 <https://venezuelanalysis.com/analysis/13154>

12 <http://www.reuters.com/article/us-venezuela-economy-idUSKBN18R24Z?il=0>

13 <https://amerika21.de/analyse/109934/venezuela-marktkraefte>

14 <https://amerika21.de/analyse/175203/venezuela-finanzen-schulden>

Joint Venture zwischen dem staatlichen russischen Ölkonzern Rosneft und PDVSA geschlossen, Mitte März berichtete die Nachrichtenagentur Reuters über eine weitere Kooperation mit Rosneft. Rosneft soll zehn Prozent von Petropiar übernehmen, ein Unternehmen, das Schweröl im Orinoco-Gürtel fördert, wo die größten Vorräte Venezuelas vermutet werden. Mit diesem Joint Venture würde Rosneft neben der PDVSA (derzeit 70 Prozent) und dem US-Ölmulti Chevron (30 Prozent) zum dritten Anteilseigner des Unternehmens.¹⁵ Bereits für den Kredit von 1,5 Milliarden US-Dollar, den die PDVSA im vergangenen Jahr von Rosneft erhielt, gibt es eine Verbindung in die USA. Die Sicherheit für diesen Kredit sind 49,9 Prozent der Anteile der PDVSA an der US-Tankstellenkette Citgo.¹⁶

US-Politiker sind alarmiert, aber auch die venezolanische Nationalversammlung. Sie muss Joint Ventures des Ölkonzerns zustimmen. Allerdings ist die Nationalversammlung derzeit nicht handlungsfähig, denn sie wählte Anfang des Jahres Julio Borges zum Parlamentspräsidenten und zwar mit den Stimmen von drei oppositionellen Parlamentariern, gegen die wegen Bestechungsvorwürfen bei ihrer Wahl im Dezember 2015 ermittelt wird. Der Oberste Gerichtshof (TSJ) Venezuelas erklärte im Oktober 2016 alle Beschlüsse des Parlaments für ungültig, die mit ihren Stimmen zustande gekommen sind und nach der Wahl von Borges im Januar gilt das auch pauschal für alle Beschlüsse des Parlaments unter seiner Führung.¹⁷ Die verfahrenere Situation zwischen den beiden Lagern, das es schon vorher durch die Oppositionsmehrheit im Parlament gab, hat sich verfestigt. Der unter anderem durch die Initiative des Papstes begonnene Dialog zwischen Opposition und Regierung ist bereits wieder beendet.

Die im „Tisch der demokratischen Einheit“ (MUD) zusammengeschlossene Opposition hält sich nicht an die Vorgaben des TSJ und weigert sich, einen neuen Parlamentspräsidenten ohne die drei Abgeordneten zu wählen. Als Ende März wegen des geplanten Joint Venture mit Rosneft entschieden werden musste, wie in der derzeitigen Situation die Parlamentszustimmung erreicht werden kann, war wiederum das TSJ gefragt. Es erklärte, dass nichts gegen das Joint Venture spreche. In einer offiziellen Erläuterung der Regierung heißt es für das weitere Vorgehen: „Die Richter autorisieren den Präsidenten dazu, die ökonomische Leitung im Rahmen des bestehenden ‚wirtschaftlichen Ausnahmezustands und Notstands‘ fortzusetzen, um weiterhin geeignete Maßnahmen zur Überwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation zu ergreifen.“¹⁸

Die Opposition und die internationalen Medien sprachen von einem Putsch von oben, von der Entmachtung des Parlaments und der beginnenden Diktatur. Insbesondere die Aussage, der TSJ übernehme vorerst Teile der Kompetenzen des Parlaments, war in der Welt. Nach Intervention der Generalstaatsanwältin wurde dieser Teil des Entscheids wieder aufgehoben.¹⁹ Gleichwohl war die Entscheidung des TSJ der Auslöser für neue Proteste flankiert von Gewalt.

Schon das aktuelle Vorgehen zeigt: Eine Opposition, die die Regierung kontrolliert und sich an die vorgegebenen Regeln hält, gibt es nach Darstellung des Politikwissenschaftlers Steve Ellner in Venezuela nicht. Ellner, der seit 1977 in Venezuela lebt und die bolivarianische Revolution unterstützt, kritisiert gleichzeitig die Regierung und die chavistisch dominierte Wahlbehörde CNE. Beispielsweise habe sie die Ende 2016 anstehenden Regionalwahlen nicht angesetzt.²⁰ Dass die Arbeit der Behörde durch das letztlich aus formalen Gründen abgesagten Abwahlreferendum gegen

15 <http://www.reuters.com/article/us-venezuela-pdvsa-rosneft-idUSKBN16N2E9>

16 <http://www.reuters.com/article/venezuela-pdvsa-idUSL1N1E11FO>

17 <http://www.ultimasnoticias.com.ve/noticias/politica/tsj-declara-que-la-directiva-de-la-an-es-nula/>

18 <https://amerika21.de/blog/2017/04/173497/venezuela-tsj-parlament>

19 Ein Versuch, die Ereignisse rund um das Urteil aus chavistischer (Basis-)Perspektive zu rekonstruieren ist in deutscher Sprache bei amerika21.de nachzulesen: <https://amerika21.de/blog/2017/04/173568/gericht-parlament-venezuela>

20 <http://links.org.au/standoff-in-venezuela>

den Präsidenten – es wurden beispielsweise Unterschriften von Minderjährigen eingereicht – blockiert war, hörte sich zwar plausibel an. Dass 2017 aber sowohl die Regionalwahlen und viel kurzfristiger die Wahl zu einer neuen Verfassungsgebenden Versammlung stattfinden können, lässt indes an der Begründung zweifeln.

Bei aller berechtigten Kritik an der Regierung Maduro ist eines auf jeden Fall klar: Die medial verbreitete Darstellung von friedlichen Demonstranten, die auf prügelnde Sicherheitskräfte stoßen, ist unhaltbar. Vielmehr agieren im Namen der Opposition – neben friedlichen Demonstranten – marodierende Banden auf den Straßen, die Steine und Molotowcocktails auf Polizisten und Nationalgardisten werfen, Krankenhäuser anzünden und für viele der Toten direkt verantwortlich sind. Vor allem protestiert die weiße Mittelschicht in Verbindung mit der alten Oligarchie, die es nie verwunden hat, den direkten Zugriff auf den Ölreichtum des Landes verloren zu haben.

Das eint sie mit den USA. In einem Antrag von Anfang Mai fordern die US-Senatoren Marco Rubio, John McCain (beide Republikaner), Ben Cardin (Demokraten) und andere zur humanitären Unterstützung des venezolanischen Volkes auf. „Venezolanische Zivilisten werden von ihrer eigenen Regierung verletzt und getötet, weil Diktator Maduro und seine Schergen friedliche pro-demokratische Proteste unterdrücken“, so Rubio.²¹ Die US-Politiker wollen weiter Geld für die Opposition locker machen – aktuell fordern sie 10 Millionen Dollar, im US-Haushalt sind bereits 5,5 Millionen Dollar vorgesehen.²² Auch das Öl kommt bei Rubio und Co. ins Spiel. Die Senatoren drücken ihre Besorgnis über die Zusammenarbeit zwischen Rosneft und PDVSA aus. Sollte Rosneft die Kontrolle über Citgo bekommen, sei dies ein signifikantes Risiko für die nationale Sicherheit der USA. Es zeigt sich also, wie sehr diese mit der Energieversorgung verknüpft wird.

Von einer Intervention war dabei von Seiten der Senatoren noch nicht direkt die Rede, allerdings hat der Befehlshaber des US Southern Command, Kurt W. Tidd, bereits im April die Möglichkeit einer Invasion in den Raum gestellt. Zudem wird ein Manöver unter Führung der USA in der Karibik im Juni mit Venezuela in Verbindung gebracht.²³ Eine offene Debatte über eine Intervention eröffnete Anfang Juni Jared Genser in der New York Times. Der Anwalt fordert im Sinne der Schutzverantwortung („Responsibility to protect“) ein Eingreifen in Venezuela, wenn andere Maßnahmen scheitern.²⁴ Dies hat er schon in Libyen getan,²⁵ das katastrophale Ergebnis ist bekannt. Der venezolanische Ökonom und frühere Unterstützer von Chávez, Francisco Rodríguez, fürchtet, dass Venezuela ein neues Libyen werden könne. Er forderte in der Financial Times beide Seiten zum Dialog auf, unterstützt von der internationalen Staatengemeinschaft.²⁶ Auch 84 Prozent der Venezolaner sprachen sich Ende Mai für den Dialog aus, 89 Prozent sind gegen eine Intervention von außen.²⁷

Das venezolanische Dilemma hat viele Dimensionen. Auf der internationalen Bühne steht das Land im Kreuzfeuer der Kritik der westlichen Staaten, auch das Europaparlament hat sich auf die Seite der Opposition gestellt. Unterstützung bekommt Venezuela neben den lateinamerikanischen Partnerstaaten Kuba, Bolivien und Ecuador vor allem von China und Russland. Innenpolitisch gibt es ein Patt und eine katastrophale Wirtschaftslage. Die Regierung wirkt paralysiert und findet keine Auswege aus der wirtschaftlichen Misere, auch weil die Privatwirtschaft auf Seiten der Opposition steht. Zudem scheint ein Teil der chavistischen Führungsschicht und auch das Militär korrupt,

21 <https://www.rubio.senate.gov/public/index.cfm/press-releases?ID=257C91E2-807B-441B-B671-9CF5A8C72B1A>

22 <http://www.caribflame.com/2017/05/usa-plans-to-spend-5-5-million-to-finance-democracy-in-venezuela/>

23 Volker Hermsdorf, Säbelrasseln in der Karibik, in: Tageszeitung junge Welt vom 13.6.2017

24 <https://www.nytimes.com/2017/05/30/opinion/venezuela-needs-international-intervention-now.html>

25 <http://www.nytimes.com/2011/03/01/opinion/01iht-edcotler01.html>

26 <https://www.ft.com/content/33abccdaa-461f-11e7-8519-9f94ee97d996>

27 <http://hinterlaces.com/84-esta-de-acuerdo-con-un-dialogo-entre-gobierno-y-oposicion/>

wobei das Militär als Ganzes weiterhin hinter der Regierung steht – auch wenn die Opposition es mehr oder weniger offen zu einem Putsch aufgerufen hat.²⁸

Anfang Mai versuchte Präsident Maduro einen Befreiungsschlag aus dem Dilemma: Eine neue Verfassunggebende Versammlung soll das Land aus der Krise führen. Experten sind sich uneins darüber, ob die derzeitige Verfassung allein den Präsidenten zur Einberufung ermächtigt oder ob es wie 1999 zuerst eine Volksabstimmung geben müsste. Das chavistisch dominierte TSJ billigte das Vorgehen von Maduro. Allerdings stellt sich die Frage, ob mit diesem Schritt die komplizierte Lage gelöst werden kann. Da die Opposition schon angekündigt hat, sich nicht an der Wahl zu beteiligen, wird sie auch die Ergebnisse nicht anerkennen. Auch sind derzeit nicht die Institutionen das Hauptproblem in Venezuela, die zweifellos in Teilen nicht funktionieren. Aber das ist eine Folge der wirtschaftlichen Krise, die sich ebenso wie der niedrige Ölpreis durch eine Verfassungsreform nicht aus der Welt schaffen lässt. Zudem dürfte eine Wahl zum jetzigen Zeitpunkt vor allem die institutionelle Elite und damit auch die Entfremdung von der Basis stärken, wie der Politikwissenschaftler Chris Gilbert angemerkt hat.²⁹

Die Basisorganisationen, die kommunalen Räte und die Kommunen, befinden sich in der Defensive. Wenn von linker Seite über einen Ausweg aus der Krise gesprochen wird, dann kommen sie immer wieder ins Spiel. Aber auch wenn der Präsident angekündigt hat, die Organisationsformen in der Verfassung stärken zu wollen, wird dies aufgrund der Ausgangslage kaum von der selbstorganisierten Basis aufgebaut werden können. Das hängt auch mit der regierenden Vereinten Sozialistischen Partei zusammen, die von Maduro, den Gouverneuren und Bürgermeistern geführt wird.³⁰

Die oft proklamierte Organisation von unten nach oben, der kommunale Staat, spiegelt sich in der Partei nicht wieder. Im Gegenteil. Auf diese Weise entwickeln sich keine unabhängigen und selbstkritischen Diskussionen über Wege und Perspektiven des Chavismus. Dabei könnten die Basisorganisationen nicht nur die Bewegung wieder beleben – wofür allerdings auch noch andere Voraussetzungen erfüllt sein müssten. Sie wären auch ein möglicher Ort, in denen der Geist des Chavismus fortlebt, sollte die Opposition die Macht übernehmen oder eine Intervention von außen die staatlichen Strukturen zerstören. Hierbei lohnt im Übrigen der Blick nach Syrien, dessen Beispiel des Zusammenbruchs und Bürgerkriegs viele in Venezuela fürchten.³¹ Im schlimmsten Fall könnte die Organisation der Kommunen ein Mittel gegen den kompletten Staatszerfall und das daraus resultierende Chaos sein, wie es unter komplett anderen Voraussetzungen im syrischen Rojava geprobt wird. Die Stärkung der Basisorganisation wäre aus Sicht des Chavismus – neben einer tiefgreifenden ökonomischen Reform, die die sogenannten „popularen Sektoren“ und ihre Organisationen mit einbezieht – also in jedem Fall sinnvoll. Ob die Regierung, tief verstrickt in das venezolanische Dilemma, sich das noch traut und ob sie überhaupt Wege dafür findet, ist unklar. Es erscheint eher unwahrscheinlich.

Helge Buttkereit ist freier Journalist und Publizist. Er schreibt regelmäßig über Lateinamerika und veröffentlichte 2010 und 2011 die Bücher „Utopische Realpolitik. Die Neue Linke in Lateinamerika“ und „Wir haben keine Angst mehr. Interviews, Reportagen und Analysen zum bolivarianischen Venezuela“.

28 https://www.washingtonpost.com/world/the_americas/venezuelas-demonstrators-appeal-to-the-military-as-chaos-grows/2017/04/21/17dec8c8-23af-11e7-928e-3624539060e8_story.html?utm_term=.e5e2819f6add

29 <https://venezuelanalysis.com/analysis/13115>

30 <https://amerika21.de/analyse/162941/ellner-venezuela-chavismus>

31 <https://www.thenation.com/article/what-is-to-be-done-in-venezuela/>